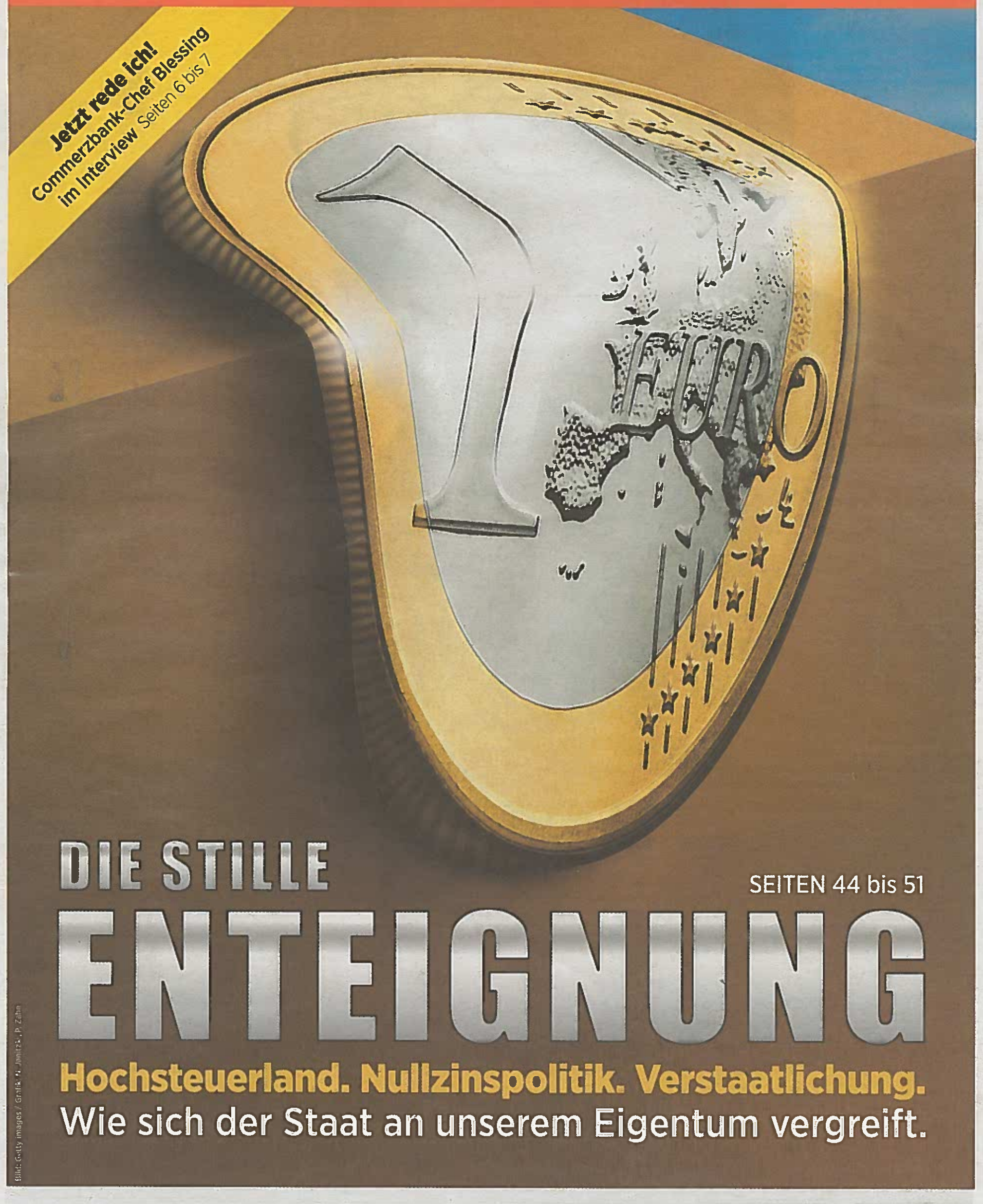
Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 0 2531 NR. 152 / PREIS 2,70 €
WOCHENENDE, 9./10./11. AUGUST 2013

Jetzt rede ich!
Commerzbank-Chef Blessing im Interview Seiten 6 bis 7



DIE STILLE ENTEIGNUNG

SEITEN 44 bis 51

Hochsteuerland. Nullzinspolitik. Verstaatlichung.
Wie sich der Staat an unserem Eigentum vergreift.

Bild: Getty Images / Grafik: H. Jentzsch, P. Zehn

Handelsblatt GmbH Abonnentenservice
Tel. 0180 599 00 10 (0,14 €/Min. a. d. dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/Min.), Fax 0211 887 3605, hb.aboservice@vhb.de

Handelsblatt 560332 4 190253 102708

Heftabonnement: Handelsblatt Print: 52,90 Euro
Handelsblatt Print + Live App: 62,89 Euro

Belgien 3,00 € Frankreich 3,50 € Großbritannien 3,00 GBP
Luxemburg 3,00 € Niederlande 3,00 € Österreich 3,00 €
Polen 18,80 PLN Schweiz 5,10 CHF Slowakei 2,90 €
Tschechien 115,00 CSK Ungarn 850,00 FT

WOCHENENDE



▸ Nicola Leibinger-Kammüller über Steuerexzesse **Seite 46**

▸ Nikolaus von Bomhard über „Brandsätze“ **Seite 49**

▸ Maximilian Zimmerer über fatale Niedrigzinsen **Seite 49**



dapd

Demonstration für Steuererhöhungen: Aufpassen, dass die Meinung nicht umschlägt.

Die stille Enteignung

Die Deutschen erleben eine Zeit der Steuererhöhungen, der Niedrigzinspolitik und einer um sich greifenden Staatswirtschaft. Vor allem jetzt im Wahlkampf zerbricht daran ein Wert, der seit jeher den Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft befeuert hat: das Eigentum. Das können wir uns nicht leisten.

An einem Sommertag im Juli beschließt Angela Merkel die Quadratur des politischen Kreises: Aus einer befristeten, an einen bestimmten Zweck gebundenen Abgabe möge eine unbefristete und allgemeine Steuer werden. Die Kanzlerin sagt: „Die Union hat keine Pläne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags.“ Der Obolus, der eigentlich mal das Zusammenwachsen von West- und Ostdeutschland beschleunigen sollte, ist nun verewigt.

Wenige Tage zuvor findet ihr Herausforderer Peer Steinbrück, dass die Deutschen noch ein wenig mehr an den Staat zahlen können. Er sitzt vor Unternehmern in der IHK Schwerin und erklärt sein Verhältnis zu anderer Leute Geld: Höhere staatliche Einnahmen, sagt der Wahlkämpfer, seien unbedingt erforderlich. Dafür müsse man zweifelsohne die Steuern erhöhen.

An einem Donnerstag im Juli beschließt der Herr des Geldes, dass dieses weniger wert sein darf. Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, sagt: „Die Leitzinsen werden für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben.“

Die Kanzlerin, ihr Herausforderer, der oberste Währungshüter: eine Große Koalition der stillen Enteigner regiert das Land. Sie besteht aus Notenbankern, die die Zinsen drücken, aus Wahlkämpfern, die die Steuern erhöhen wollen, und Politikern, die wie in der Energiewirtschaft oder der privaten Krankenversicherung ganze Wirtschaftszweige enteignen.

Diese Große Koalition hat sich nicht formell gebildet. Sie arbeitet meist im Stillen. Nur manchmal dringt von ihrem Tun etwas nach außen: wenn mal wieder Zinsen fallen, mal wieder Preise steigen, mal wieder Steuern erfunden oder Unternehmen gegängelt werden. Immer natürlich im Dienst der guten Sache: Mal muss das Eigentum der Deutschen herhalten, um Europa zu retten, mal, um die Energiewende zu schaffen.

Etwa 0,8 Prozent Zinsen bekommen die Deutschen noch, wenn sie ihr Geld sparen. Um 1,9 Prozent stiegen dagegen im Juli die Lebenshaltungskosten. Es gibt heute Geldanlagen, da wäre es renditeoptimierter, die Scheine zu verbrennen. Dann würde statt einer Depotgebühr wenigstens nur CO_2-Steuer anfallen. Bis in den Juni eines Jahres arbeitet ein Deutscher heute für den Staat, bevor Geld bei ihm hängen bleibt. Und wenn er künftig ein Unternehmen erbt, soll er nach dem Willen der SPD davon erst mal einen guten Teil an den Staat abgeben.

Selbst Unternehmer und Manager, die als gemeinwohlorientiert bekannt sind wie Nicola Leibinger-Kammüller, Hasso Plattner oder Nikolaus von Bomhard rufen empört dazwischen. Der sonst sehr vorsichtige Munich-Re-Chef von Bomhard nennt die Niedrigzinspolitik „einen Brandsatz“. Unternehmerin Leibinger-Kammüller sagt: „Wir diskutieren in unserem Land nur noch über das Verteilen, aber nicht mehr über das Erwirtschaften.“

Vielleicht retten wir so den Euro. Vielleicht halten wir so den Staat handlungsfähig. Man weiß es nicht. Ganz sicher aber legen wir so Axt an einen Wert, der in den vergangenen Jahrzehnten zentral für unsere Marktwirtschaft war: das Eigentum. Ist es das wert?



Sotheby's

Kunstmarkt
Sotheby's Gewinn erhöht sich, obwohl die Auktionen tagnieren. **Seite 59**



Andreas Fechner für Handelsblatt

Interview
„Die Politik wollte Medaillen sehen", sagt Sportmediziner Wildor Hollmann. **Seiten 60/61**



INTERFOTO

Um zu verstehen, warum diese Verwässerung des Eigentums so schädlich für unseren Wohlstand ist, lohnt ein Blick zurück. Der Streit, welcher Teil des Vermögens einer Gesellschaft dem Einzelnen gehört und welcher der Allgemeinheit, ist so alt wie das Phänomen Staat. Schon Platon und Aristoteles konnten sich nicht einigen. Während Ersterer als Ideengeber einer Vergemeinschaftung bekannt war, wäre Aristoteles wohl heute Ehrenmitglied der Ludwig-Erhard-Gesellschaft. Für ihn war klar: Zum Fortschritt gehört auch das Eigentum.

Eigentum, wusste der Grieche, ist die Triebfeder für Fortschritt. Nur wer sich sicher sein kann, das Erarbeitete auch behalten zu dürfen, wird überhaupt etwas erarbeiten. Er setzte sich durch. Das Recht auf Eigentum wurde so zu einem Grundrecht in unserer Kultur: Eigentum, das ist Freiheit und soziales Ansehen.

Die britische Magna Charta aus dem Jahr 1215 verlangt von der Monarchie nicht nur die Gewährung von Sicherheit für die Bürger, sondern definiert explizit ein Recht, durch den Staat vor dem Staat geschützt zu werden: Königliche Beamte dürfen Vorräte, Pferde und Wagen freier Bürger nicht mehr unter nichtigen Vorwänden antasten.

Man wünscht sich diese Art von Selbstbeschränkung heute zurück. Selbst die französischen Revolutionäre starteten mit dem Slogan „Freiheit, Gleichheit, Eigentum". Erst im Verlauf der Wirren ersetzte „Brüderlichkeit" das „Eigentum". Später analysierte Adam Smith, wie wichtig die Aussicht der Bürger, ihr Eigentum behalten zu können, für den Fortschritt sei. Smith unterscheidet vier Entwicklungsstadien einer Gesellschaft: Jäger und Sammler, Nomaden, sesshafte Bauern und Handelsgesellschaften. Motor der Entwicklung, die jeweils von einer Stufe zur nächsten treibt, sei das natürliche Streben aller Menschen nach Wohlstand. Für den Begründer der Nationalökonomie war klar: Erst die Ungleichheit weckt den Reiz, sich produktiver einzubringen.

Ludwig Erhard nahm nach dem Krieg diese Gedanken auf, um daraus das Fundament für unseren wachsenden Wohlstand zu gießen: „Eine starke Triebkraft der wirtschaftlichen Leistung ist das Streben nach Eigentum. Es ist darum ein bedeutsames politisches Ziel, möglichst vielen Menschen die Eigentumsbildung in eigener freier Verfügung zu ermöglichen", sagte Erhard. Er predigte seinen Zeitgenossen, was im Rückblick oft vergessen wird: „Wohlstand für alle" setzt „Eigentum für jeden" voraus.



Sparkassenwerbung in den 1960ern: Der Sparer ist heute der Dumme.

Deutschland wurde so, was der Wirtschaftsprofessor Detlef Fetchenhauer „ein Land der Eigentümer" nennt. Eigentum, vor allem das eigene Häuschen, spielt die Hauptrolle in der Wohlstandsgeschichte Deutschland seit 1945. Ganze Landstriche sind geprägt von Sprüchen wie „Schaffe, schaffe, Häusle baue", also arbeiten, um zu besitzen. Eigentum ist in vielen Regionen und Schichten dieses Landes noch immer der Beweis dafür, es geschafft zu haben.

> Wir diskutieren in unserem Land nur noch über das Verteilen, aber nicht mehr über das Erwirtschaften.
>
> **Nicola Leibinger-Kammüller,** Unternehmerin

Wie sich die Zeiten ändern. Heute ist Eigentum eher die Einladung für Politiker, sich zu bedienen. Der Staat nimmt in diesem Jahr so viel ein wie nie. Gut 600 Milliarden Euro Steuern. Ein Rekordwert. Eine rot-grüne Regierung würde vermutlich neue Steuern auf Vermögen und Erbschaften einführen – also auf Besitz, der bereits als Einkommen versteuert wurde. Das Problem ist dabei nicht, dass sich die Politik um einen handlungsfähigen Staat sorgt; das ist ihre Aufgabe. Das Problem ist, dass sie keine Grenzen zu kennen scheint und nicht begründet, wozu all das dient.

Es ist ja nicht so, dass die meisten Vermögenden in diesem Land das Ausmaß der staatlichen Aufgaben verneinen würden. Bildung, Forschung, Infrastruktur – Geld wird benötigt. Man hat nur nicht das Gefühl, dass der Staat seine Mehreinnahmen dafür ausgibt.

Wäre der Sinn klar, könnte man auch über das Ausmaß, wie der Staat in die Eigentumsverhältnisse seiner Bürger eingreift, diskutieren. Dass es den vielen besorgten Unternehmern nicht um simple Besitzstandswahrung geht, zeigt die wachsende Bereitschaft der Deutschen zum Mäzenatentum. Namen wie Dietmar Hopp, Hasso Plattner, Ferdinand Piëch, Robert Bosch oder Ferdinand Graf von Zeppelin stehen nicht nur für große Vermögen, sondern ebenso für bedeutende Stiftungen.

Ausgerechnet den Stiftungen setzt die stille Enteignung besonders zu: Sie sind vom Niedrigzins betroffen, weil sie vom Zins ihrer Kapitalstöcke leben.

Es gab mal einen Deal, festgeschrieben im Grundgesetz: Eigentum verpflichtet. Viele Unternehmer und Vermögenden haben sich daran gehalten. Aber hält sich der Staat auch an seinen Teil des Geschäfts, das Eigentum zu garantieren?

Vielleicht sind dem Staat Zweifel gekommen, weil nicht jeder, der jetzt nach dem Recht auf Eigentum ruft, sich auch an die Pflicht, es sinnvoll einzusetzen, gehalten hat. Die Banken haben in der Finanzkrise den Zusammenhang von Eigentum und Verantwortung aufgelöst. Über Jahre hatten sie sich ihr wachsendes Eigentum von der Politik, zum Teil unverschämt weitgreifend, schützen lassen. Als die Folgen aber für sie spürbar wurden, duckten sie sich weg.

Eigentum und Verantwortung wurden so entkoppelt. Eigentum verpflichtet in diesen Teilbereichen der Wirtschaft niemanden mehr zu irgendetwas. Ein Satz Ludwig Erhards klingt da fast prophetisch: „Wenn das Streben nach Kollektivbindungen sogar im Lager der Unternehmer überhandnimmt, dann wird wahrscheinlich früher, als es diese Unternehmer glauben, der Zeitpunkt kommen, der auf der politischen Ebene die Frage auftauchen lässt, mit welchen Gründen denn noch privates Eigentum vertreten werden kann."

Privatisiert die Gewinne, aber verallgemeinert die Verluste, kann man eben auch umdrehen. Mehrheitsfähig jedenfalls wäre das in diesem Land.

Im gesellschaftlichen Mainstream hat sich ohnehin ein eigentümliches Verständnis von Eigentum eingeschlichen. Den Anfang machte vor 13 Jahren Jeremy Rifkin. Er veröffentlichte ein Buch vom „Verschwinden des Eigentums". Seine These: Eigentum wird immer unbedeutender. Es belaste nur. Von ihm fühlen sich all jene ermutigt, die von Gemeinvermögen, Umverteilung und Gemeinschaftswirtschaft sprechen.

Nun, die gute Nachricht ist: So einfach, wie Rifkin sich das vorstellt, ist die Sache nicht. Natürlich, in weiten Teilen der gut gebildeten, gut verdienenden Mittelschicht in den Großstädten scheint es eine Abkehr von klassischen Statussymbolen zu geben: Das Auto wird geliehen, wenn man es braucht, ebenso der Computerspeicherplatz oder die Teilzeitwohnung. Die Shared Economy ist Realität. Aber: Mit ihr verabschieden die Menschen nicht ihren Wunsch nach Eigentum, sie nutzen vielmehr die Möglichkeit, mehr zu besitzen.

Der Mensch gibt Eigentum dort auf, wo es mehr kostet, als es nutzt. Der moderne Mensch mag insofern vielleicht nicht so dogmatisch besitzvermehrend sein wie seine Vorfahren, aber er ist in diesem Sinne schon renditeoptimiert. Er fragt: Was dient mir wozu, und womit kann ich mir am effizientesten am meisten Wohlstand leisten? Das ist das Mietauto, wenn es schneller und günstiger zu haben ist; das ist der Genossenschaftsanteil, wenn der mehr Dividende abwirft als ein Derivat Zinsen.

Es ist aber immer auf eins ausgelegt: den eigenen Besitz zu mehren.

Das sollte im Kopf behalten, wer sich im Herbst zur Wahl stellt. Sven Prange

Handelsblatt
WOCHENENDE 9./10./11. AUGUST 2013, NR. 152

STEUERZAHLER Wie höhere Steuern die Leistungsfähigkeit hemmen

Bürgerin im Staate Nimmersatt

Die Politik schielt auf die Vermögen von Leistungsträgern und Firmeninhabern. Selbst Vorzeigeunternehmerin Nicola Leibinger-Kammüller sagt nun: So nicht. Ein Lehrstück über maßlose Steuerpolitik.



SPD-Wahlkämpfer Peer Steinbrück: Viele Gedanken über anderer Leute Geld.

Nicola Leibinger-Kammüller ist aufgebracht. Was sie da im Wahlkampf hört, wie die Politik künftig mit ihrem Eigentum umgehen will, sorgt die Chefin des Werkzeugmaschinenherstellers Trumpf aus dem baden-württembergischen Ditzingen. Die Familienunternehmerin hat kürzlich durchgerechnet, was die jeweiligen Konzepte der Politiker allein zur Vermögensteuer ihr Unternehmen kosten würden. Die kurze Antwort: Einiges.

Die lange Antwort führt in die komplizierte Welt des Steuerrechts, zum Widerspruch zwischen den Sonntagsreden von Politikern und ihrem tatsächlichen Handeln – und zu den Grenzen der Leistungsfähigkeit, die Unternehmen hierzulande abgefordert wird.

Leibinger-Kammüllers Rechnung zeigt das Ausmaß der Steuermodelle für ihr Unternehmen. Hätte die Politik bereits im Jahr 2007 eine Vermögensteuer eingeführt, so „wären uns je nach Steuermodell allein bis zum Ende der Krise zwischen 50 und 75 Millionen Euro Finanzmittel entzogen worden", rechnet sie vor. Genau die 75 Millionen Euro, die die Eigentümerfamilie ins Unternehmen investierte, um mit allen Standorten und ohne Entlassungen durch die Krisenjahre zu kommen. „Aber wir hätten nur zu einem die Kraft gehabt", sagt die Unternehmerin angesichts des damaligen Umsatzeinbruchs von mehr als 40 Prozent: „Entweder investieren oder Vermögensteuer zahlen."

Eine Meinung, mit der sie nicht alleine dasteht. Gerade Familienunternehmer sehen die Vorschläge der Parteien zu Steuererhöhungen skeptisch. Mit Leibinger-Kammüller beschwert sich nicht etwa eine neoliberale Hardlinerin – sondern eine Familienunternehmerin, die für Tariftreue bekannt ist und für ihre Orientierung am Gemeinwohl. Die Bildungsprojekte und Kitaplätze bietet und mit Unternehmen und Familie unterschiedlichste Projekte fördert. Doch nun scheint bei den Familienunternehmern eine Grenze erreicht. Das zeigt auch die jüngste Kampagne des Verbandes der Familienunternehmer zur – vielmehr gegen die – Vermögensteuer.

Neben der umstrittenen Steuer haben die Parteien vor der Bundestagswahl im September auch andere Ideen, wie man die Steuereinnahmen in der nächsten Legislaturperiode steigern kann. Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, Abgeltungsteuer, Solidaritätszuschlag – es gibt viele Stellschrauben, die Bürger oder Wirtschaft und damit Vermögen belasten. Und das, obwohl die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren nur so sprudeln: 600 Milliarden Euro haben Bürger und Wirtschaft im Jahr 2012 gezahlt, 2017 werden es wohl mehr als 700 Milliarden Euro sein.

Doch das scheint nicht auszureichen. So will die CDU den Solidaritätszuschlag als dauerhafte Steuer beibehalten. Auch eine Finanztransaktionssteuer ist gewünscht. Noch kreativer sind die Oppositionsparteien. SPD und Grüne fordern eine Vermögensteuer beziehungsweise -abgabe. Bereits seit dem Jahr 1997 wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben, doch nun soll sie eine neue Chance bekommen. Denn „starke Schultern sollen mehr tragen als schwache", heißt es bei der SPD.

Wobei nur richtig starke Schultern gemeint sind – das „normale" Einfamilienhaus soll durch hohe Freibeträge vor der Steuer geschützt sein. Auch die „besondere Situation" des Mittelstands will die SPD berücksichtigen und Investitionsspielräume nicht belasten. Doch Familienunternehmer wie Leibinger-Kammüller sind da skeptisch: „In die Beteuerungen, dass die Betriebsvermögen geschont werden, habe ich extrem wenig Vertrauen."

Die Vermögensteuer der SPD soll voraussichtlich ein Prozent betragen, heißt es aus dem Parteivorstand. Privatpersonen sollen einen Freibetrag von zwei Millionen Euro bekommen, Betriebe fünf Millionen Euro ohne Besteuerung der Unternehmenssubstanz. Die SPD erhofft sich Einnahmen von insgesamt etwa zehn Milliarden Euro für die Bundesländer, die größtenteils für Bildung ausgegeben werden sollen.

Auch die Forscher vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) haben sich die Vermögensteuer angeschaut und im Auftrag des Familienunternehmer-Verbandes untersucht. Die Wissenschaftler finden, ähnlich wie die Unternehmerin, wenig euphorische Worte. Eine solche Vermögensteuer wirke in Krisenzeiten konfiskatorisch, verschlechtere die Investitionsbedingungen für Unternehmen, setze Anreize zur Flucht von Vermögen und Wohnsitz ins Ausland und habe außerdem auch noch die höchsten Verwaltungskosten aller Steuerarten. Das Institut der Wirtschaft in Köln sieht die Vermögensteuer als jene Steuer, die dem Wirtschaftswachstum am meisten schadet.

Etwas anders als die SPD-Variante funktioniert die Vermögensabgabe der Grünen. Über zehn Jahre verteilt sollen „Menschen, deren Vermögen deutlich über dem Durchschnitt liegt", einen „etwas höheren Beitrag" leisten. Der Unterschied zur Steuer: Die Abgabe wird nur einmal und nicht jährlich neu erhoben. Der Aufwand ist daher geringer.

Neben der Vermögensteuer sehen die beiden Oppositionsparteien weitere Stellschrauben. Unter anderem wollen SPD und Grüne den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von derzeit 42 auf dann 49 Prozent erhöhen.



> Wir haben nur zu einem die Kraft: Entweder wir investieren, oder wir zahlen Vermögensteuer. Beides geht nicht.
>
> **Nicola Leibinger-Kammüller,** Unternehmerin

Nicola Leibinger-Kammüller ist Vorsitzende der Geschäftsführung des Werkzeugherstellers Trumpf. Sie fürchtet: Steigt die Belastung für Mittelständler weiter, suchen die sich irgendwann Standorte außerhalb Deutschlands.

Bert Bostelmann / bildfolio


photothek

GASTKOMMENTAR: JOSEF SANKTJOHANSER

„Steuern steigen auf 80 Prozent“

Die Steuerpläne von SPD und Grünen würden den Mittelstand hart treffen. 98 Prozent der 400 000 Unternehmen des Einzelhandels sind mittelständisch geprägt. Sie stellen drei Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung und schaffen weitere 1,4 Millionen Jobs bei Dienstleistern und Lieferanten. Wie viele andere Händler befürchte ich für meine Petz Rewe GmbH mit unseren 31 Märkten, dass die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und die Anhebung der Erbschaftsteuer uns an die Substanz gehen.

Nach den Gesetzentwürfen einiger SPD-regierter Bundesländer vom Frühjahr könnte bei einer größeren mittelständischen Handels-GmbH mit einem Betriebsvermögen von zehn Millionen Euro und einem Jahresgewinn von 300 000 Euro in gewinnschwachen Jahren durch die Vermögensteuer die Gesamtsteuerlast von 48 Prozent auf 80 Prozent steigen.

In guten Jahren könnte die Belastung immerhin 57 Prozent erreichen. Das geht einigen Betrieben an die Existenz. Zwar wird immer wieder betont, dass nur die Reichen und damit nur wenige Steuerzahler betroffen seien. Da die großen Vermögen aber faktisch zum wesentlichen Teil in den Betrieben stecken, ist das nur Augenwischerei. Die ohnehin dünne Kapitaldecke der betroffenen Unternehmen würde immer weiter abschmelzen.


picture alliance / dpa

Josef Sanktjohanser ist Händler und Präsident des Handelsverbands.

Auch die geplanten höheren Erbschaft- und Einkommensteuern müssten aus den Unternehmenserträgen bezahlt werden. Addiert man die Vermögensteuerbelastungen mit der Erbschaft- und der Einkommensteuer, könnten sich besonders bei geringen Gewinnen schnell konfiskatorische Effekte für die Einzelhändler ergeben. Unsere Betriebe sind aber bereits jetzt durch die Besteuerung von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer in besonderer Weise von Substanzbesteuerung betroffen.

Die Steuerpläne der Oppositionsparteien senken somit das Damoklesschwert der Substanzbesteuerung über dem Einzelhandel noch weiter. Das ist nicht nur eine Gefahr für unsere Branche. Besonders kleinere Betriebe können sich schon heute teure Innenstadtlagen kaum noch leisten. Die Folge ist weniger Vielfalt und ein Rückzug des Mittelstands und seiner Beschäftigten aus der City.

Die Politik spielt mit dem Feuer. Nicht nur für unsere Branche, für die deutsche Volkswirtschaft steht viel auf dem Spiel. Denn am Ende dieser Entwicklung ist immer weniger Geld verfügbar für Investitionen in Wachstum, für Expansionen und folglich für den Aufbau von Arbeitsplätzen. In einem der am härtesten umkämpften Märkte der Welt ist die Wirtschaft auf verlässliche und stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Der Handel war in der Wirtschafts- und Finanzkrise eine wichtige Stütze der Konjunktur, als viele Exportmärkte einbrachen und Arbeitsplätze abgebaut wurden.

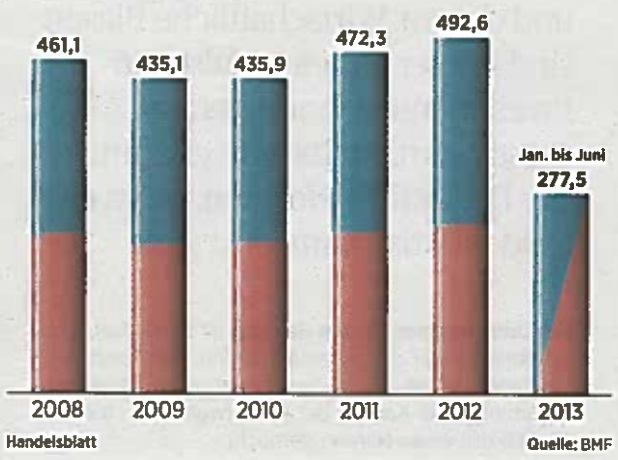
Trotz vieler Risiken haben die Betriebe Arbeitsplätze erhalten und immer weiter ausgebaut. Gerade strukturschwächere Gemeinden und Kommunen haben von dieser Entwicklung profitieren können.

Mit ihren Steuerplänen sägt die Opposition an dem Ast, auf dem wir alle gemeinsam sitzen. Die deutsche Erfolgstory der letzten Jahre könnte damit schon bald ein Ende haben.

Der Werkzeugmaschinenhersteller Trumpf und seine Chefin Nicola Leibinger-Kammüller haben sich darüber längst Gedanken gemacht. „Unsere Spielräume wären geringer, und wir würden Konsequenzen ziehen“, sagt Leibinger-Kammüller. Bei Trumpf gäbe es dann weniger neue Arbeitsplätze und weniger Investitionen. CSR-Programme, Projekte mit Jugendlichen und Bildungspartnerschaften kämen auf den Prüfstand, sagt die Trumpf-Chefin. Und sogar der Standort des Unternehmens stünde dann zur Debatte – schließlich könne „bei einem weltweit operierenden Unternehmen die Wertschöpfung auch anderswo stattfinden als in Deutschland“. Kirsten Krumrey

Immer mehr für den Staat

Steuereinnahmen in Deutschland in Mrd. Euro



Handelsblatt — Quelle: BMF

SOLIDARITÄTSZUSCHLAG

Die ewige Interims-Steuer

Manchmal gleicht Politik Zauberei. Zum Beispiel der Solidaritätszuschlag. Die Abgabe wurde nach der Wiedervereinigung eingeführt aus einer nachvollziehbaren Logik: Die westdeutschen Wohlstandsbürger sollten ihren neuen Mitbürgern durch eine befristete Umverteilung helfen, wirtschaftlich in die Gänge zu kommen.

Zwei Jahrzehnte später liest sich die Geschichte ganz anders: als Beleg für die Befürchtung vieler Steuerzahler, dass einmal eingeführte Abgaben nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind. Denn nach einer entsprechenden Äußerung von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juli ist klar: Der Soli ist weder zeitlich befristet, noch wird er ausschließlich für den Aufbau Ost verwendet. Ab jetzt füllt er einfach unbefristet die Staatskasse. Wie konnte das passieren?

Die Geschichte des Solidaritätszuschlags ist eine Geschichte der gebrochenen Versprechen. So versicherte Kanzler Helmut Kohl, der den „Soli“ 1991 zur Unterstützung des Aufbaus Ost, aber auch zur Finanzierung des ersten Golfkriegs eingeführt hatte, im Jahr 1996: „Der Solidaritätszuschlag ist bis Ende 1999 endgültig weg.“

Stattdessen zahlen noch heute alle Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuerpflichtigen in Ost- und Westdeutschland die 5,5 Prozent auf die eigentliche Steuersumme. Finanzminister Wolfgang Schäuble bringt der Soli in diesem Jahr gut 14 Milliarden Euro.

Kanzlerin Merkel hat sich nun in die ungute Tradition der Soli-Geschichte eingereiht. Sie sieht in den nächsten Jahren „großen Investitionsbedarf, und zwar in ganz Deutschland“. Und deshalb will Merkel den Solidaritätszuschlag auch dann noch behalten, wenn der Solidarpakt zur Förderung Ostdeutschlands – also der eigentliche Anlass – im Jahr 2019 ausläuft.

Schon jetzt wird diese einmalige Sondersteuer immer weiter zweckentfremdet: Wenn der Solidarpakt zur Finanzierung der deutschen Einheit 2019 ausläuft, dürften die Ostländer einschließlich Berlin 156 Milliarden Euro Hilfsgelder erhalten haben. Diese Geldzuweisungen werden allerdings, wie geplant, von Jahr zu Jahr geringer. Dagegen nehmen die Soli-Einnahmen wegen des steigenden Steueraufkommens zu. Über die Differenz freut sich der Finanzminister. Laut Bund der Steuerzahler kassiert er von 2005 bis 2019 über den Soli 22 Milliarden Euro mehr.

So haben sich alle an die Abgabe gewöhnt: Bis auf die FDP regte die Ankündigung der Kanzlerin, an der Abgabe festzuhalten, kaum noch jemanden auf. Selbst der Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Clemens Fuest, sagt: Wer den Soli abschaffen wolle, müsse eine „Gegenfinanzierung“ mitliefern. Fuest schlägt vor: „Der Solidaritätszuschlag sollte umbenannt werden in Bundeseinkommenssteuerzuschlag.“ Gezahlt werden müsste er dann aber dennoch. HB



TV-yesterday

Alter Trabi: Aufbau Ost abgeschlossen, Soli erhalten.

Handelsblatt
WOCHENENDE 9./10./11. AUGUST 2013, NR. 152

SPARER Wie die Niedrigzinspolitik Geldvermögen entwertet

Die Vernichtung des Spar-Vermögens

Um 87 Milliarden Dollar sind die Zinseinnahmen der Deutschen seit der Pleite der Investmentbank Lehman zurückgegangen. Die Bürger verzweifeln an ihrer Altersvorsorge.

Monika Bülow ist aufgebracht und frustriert. „Der kleine Sparer hat doch faktisch keine Chance mehr, sein Geld so anzulegen, dass die Inflation es nicht auffrisst", schimpft die 69-jährige Rentnerin. „Die Zinsen sind einfach zu niedrig." Seit 40 Jahren ist sie die anerkannte Finanzministerin ihrer Sippe und hat in der Zeit erfolgreich ein Einfamilienhaus und das Studium ihrer drei Kinder finanziert. Und darauf ist sie stolz: „Wir hatten nur das schmale Einkommen meines Mannes, der war Volksschullehrer, aber wir haben immer etwas gespart."

Ihre bodenständige Anlagestrategie „Marke Eigenbau" aus den 70er-, 80er- und 90er-Jahren beschreibt sie so: „Man musste halt die Zeitung lesen und schauen, wenn die Zinsen günstig waren, dann konnte man mal wieder ein bisschen Erspartes in Termingeld oder Bundesschatzbriefe investieren." Das habe damals auch mal sieben oder neun Prozent gebracht. „Damit konnte man auch mal das Haushaushaltsgeld aufbessern und für den Ruhestand weglegen."

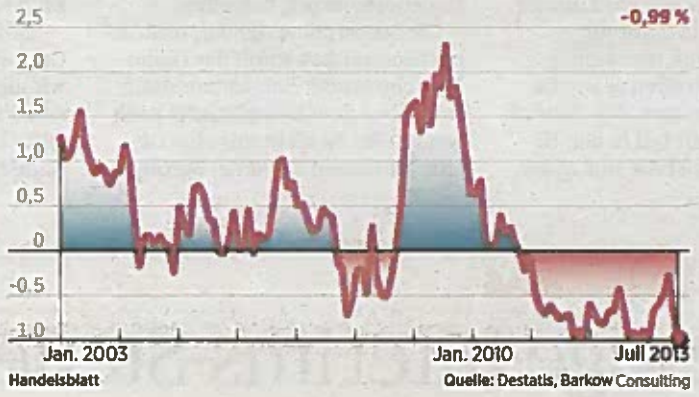
Und heute: „Bei den Banken auf dem Land braucht man nichts anzulegen, die Zinsen sind unterirdisch", entrüstet sich die gelernte Augenoptikerin. Und die Angebote der Internetbanken - etwa für Tagesgeld - überzeugen sie auch schon lange nicht mehr. „Das sind doch nur Lockvogelangebote. Nach einem halben Jahr ist man dann auch wieder unter einem Prozent." Das sei den Aufwand nicht wert, den die Neueröffnung eines Kontos mit sich bringe.

Mit ihren Problemen ist die rüstige Rentnerin aus dem Niederrheinischen nicht allein. Um satte 87 Milliarden Euro sind die Zinseinnahmen der Deutschen seit Herbst 2008 zurückgegangen, wie Barkow Consulting für das Handelsblatt anhand von Bundesbank-Daten errechnet hat. Die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brother im September 2008 war da nur der Auslöser. Weil danach die Weltwirtschaft vor dem Kollaps stand, senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins in mehreren Schritten auf 0,5 Prozent. Da sich die Geschäftsbanken sowie Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken an diesem Zins orientieren, haben sie die Habenzinsen für den Bürger auch immer weiter gesenkt.

So sank der durchschnittliche Zins für Tagesgeld- und Festgeldkonten sowie Spareinlagen nach Berechnungen von Barkow Consulting seit der Lehman-Pleite von 2,88 Prozent auf nur noch 0,84 Prozent. Mit anderen Worten: Seit Oktober 2010 gleicht der Zins nicht einmal mehr die Inflationsrate von zuletzt 1,9 Prozent aus. Die Kaufkraft aus Zinseinkünften schrumpft daher den Berechnungen zufolge jährlich um 18 Milliarden Euro.

„Das ist nicht im Interesse von Volkswirtschaften, die auf Substanz und Stabilität Wert legen", sagt Georg Fahrenschon, Chef des Sparkassenverbandes DSGV. „Die alternden Gesellschaften Europas müssen jährlich mindestens zehn Prozent es verfügbaren Einkommens zurücklegen, um im Alter das eigene Lebensniveau halten zu können."

Finanzanlagen privater Haushalte
Realzins in Prozent



Handelsblatt — Quelle: Destatis, Barkow Consulting

Peter Barkow, Geschäftsführer und Gründer von Barkow Consulting, kann den Sparern aufgrund der Datenlage kaum Aussicht auf Besserung machen. „Es ist wahrscheinlich, dass der jährliche Zinsverlust sogar noch weiter steigt", prognostiziert der Experte. Und das hat weniger damit zu tun, dass EZB-Chef Mario Draghi kürzlich versprochen hat, die Zinsen „auf lange Zeit" nicht anzuheben oder vielleicht sogar weiter zu senken. Der Durchschnittszins, den die Deutschen erzielen, sinkt ganz von allein. Schließlich laufen immer mehr Festgeldanlagen aus der Hochzinsphase aus. Werden sie neu angelegt, sind die nun erzielbaren Zinsen deutlich niedriger.

Was also sollen die Sparer in Europa und im vom gleichen Problem betroffenen Amerika tun?

Die Hochfinanz etwa der Wall Street hat dafür natürlich eine Lösung parat. So tingelt etwa Larry Fink, Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock mit Sitz in New York, seit Jahren durch die Welt und wirbt dafür, dass auch Kleinanleger mehr Geld an der Börse und in Fonds anlegen. „Kauft endlich Aktien", sagte er etwa bei seinem jüngsten Deutschland-Besuch. Dabei hat er zwar nicht nur altruistische Motive für seinen Aufruf. Schließlich verdient er daran, wenn die Anleger bei ihm Fondsanteile kaufen. Aber die Statistik gibt dem Wall-Street-Star und seiner Argumentationslinie auf dem ersten Blick sogar recht.

Wer vor zehn Jahren Geld in den Deutschen Aktienindex (Dax) gesteckt hat, kann sich heute nach Handelsblatt-Berechnungen über eine Rendite von immerhin 9,2 Prozent Rendite freuen. Damit wäre der Investor zumindest vor Steuern ganz nah an den zehn Prozent, die der Sparkassenverband als unbedingt nötige Rendite zum Aufbau einer Altersvorsorge ansieht.

Doch die Aktienempfehlung aus New York ist offenbar nicht die Sache der sprichwörtlichen schwäbischen Hausfrau beziehungsweise der niederrheinischen Rentnerin. Denn die haben um die Jahrhundertwende, als die Zinsen schon einmal niedrig waren und die Aktienmärkte verlockend erschienen, auf die Werbesprüche der Börsianer gehört und viel Geld am Neuen Markt verloren.

„Das Risiko will ich nicht mehr eingehen. Das ist ja schlimmer als jede Inflation. Ich will meinen Kindern doch wenigstens etwas hinterlassen", sagt Monika Bülow. Rolf Benders



REUTERS

Protest-Graffiti mit Mario Draghi und Angela Merkel vor der Bau



Thorsten Jochim / VISUM

Billiges Geld macht leichtsinnig und dumm. Wirtschaftliche Blasen sind immer aus einer falschen Investmenteuphorie heraus entstanden. Außerdem erlahmt der Druck für Reformen, wenn es Geld praktisch umsonst gibt.

Der Unternehmer Jürgen Heraeus ist heute Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Holding. Der Rohstoffunternehmer hat sich in den vergangenen Jahren als schonungsloser Kritiker der Verantwortlichen für die Finanzkrise einen Namen gemacht.



e des neuen EZB-Turms: Die große Wertvernichtung.

GASTKOMMENTAR: NIKOLAUS VON BOMHARD

„Handeln für höhere Zinsen“



dapd

Nikolaus von Bomhard ist Chef der Munich Re.

Der Europäischen Zentralbank ist zu danken, dass sie Verantwortung übernommen hat, als andere Maßnahmen im Kampf gegen die Banken- und Staatsschuldenkrise zu scheitern drohten. Niedrigzinsen und, so dringend geboten, Anleihekaufprogramme sind hilfreich, um die Märkte zu beruhigen und der Politik Zeit für überfällige Strukturreformen zu geben. Aber: Die derzeitige Niedrigzinspolitik muss auf Sicht ein Ende finden.

Denn erstens wirkt die Niedrigzinspolitik wie ein Kürzungsprogramm für die Altersversorgung. Die künftigen Altersbezüge aus allen kapitalgedeckten und damit demografiefesten Systemen, egal ob aus Lebensversicherungen, Betriebsrenten oder Versorgungswerken, sinken mit jedem Tag, an dem die Zinsen im Keller gehalten werden. Der Anreiz, privat vorzusorgen, geht verloren. Ein fatales Signal angesichts des demografischen Wandels.

Zweitens wirkt die Niedrigzinspolitik wie eine Reformbremse. Wird der (Zins-)Druck der Kapitalmärkte auf die Krisenländer durch Interventionen der Notenbanken zu sehr gemildert, werden notwendige Strukturreformen unterbleiben. Probleme werden in die Zukunft geschoben, aber nicht gelöst. Drittens wirkt die Niedrigzinspolitik wie ein Brandsatz für zukünftige Krisen. Durch die überreichlich vorhandene Liquidität drohen neue Verwerfungen auf den Märkten.

Ein Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik muss Schritt für Schritt erfolgen und frühzeitig kommuniziert werden, um Marktturbulenzen zu vermeiden. Derzeit käme ein Ende der Niedrigzinspolitik sicherlich zu früh. Noch ist das konjunkturelle Umfeld vor allem in der Euro-Zone zu schwach. Und noch haben die überschuldeten Staaten nicht alle notwendigen Hausaufgaben gemacht. Auch die EU muss institutionelle Reformen durchführen, damit Europa in der nächsten Krise handlungsfähig ist. Dennoch: Das schrittweise Ende der Niedrigzinspolitik muss ein vordringliches Ziel sein.

GASTKOMMENTAR: MAXIMILIAN ZIMMERER

„Die Kunden tragen die Kosten“



Quirin Leppert für HB

Maximilian Zimmerer ist Vorstandsmitglied der Allianz.

Das herrschende Niedrigzinsumfeld strahlt eine trügerische Ruhe aus. Die Probleme der Schuldenkrise dauern an. Das sieht man deutlich im Verhalten der Kapitalmärkte: Trotz der niedrigen Zinsen gibt es weiterhin signifikante Zinsunterschiede für Staatsanleihen. Niedrige Zinsen sollen die Wirtschaft ankurbeln und machen die Schuldenlast für die Staaten erträglicher, doch die Kosten dafür tragen die Sparer, etwa Lebensversicherungskunden.

Die Impulse, die wir von niedrigen Zinsen erhoffen, werden nicht reichen, um eln Wachstum in Gang zu setzen, das die Probleme insbesondere an den Arbeitsmärkten der Krisenländer beseitigt. Niedrigzinsen sind lediglich ein Kriseninstrument, es darf nicht das einzige Werkzeug sein, das verwendet wird. Die Politik muss den ganzen Werkzeugkasten einsetzen. Dazu gehören der Abbau von komplexen Regeln für die Wirtschaft, die Verschlankung des Staatsapparates, die Privatisierung wichtiger Wirtschaftssektoren und die Förderung von Zukunftsindustrien. Ebenfalls müssen wir auf der regulatorischen Seite die Bankenunion und auch den freien Handel in- und außerhalb Europas vorantreiben. Das muss beherzt und koordiniert stattfinden, in Form eines von der Allianz vielfach geforderten „Marshallplans“ für Europa. Vernachlässigt werden sollten nicht die Risiken, die durch künstlich niedrige Zinsen entstehen. Bekannt ist zum Beispiel die preistreibende Wirkung bei Immobilien, die früher oder später zu steigenden Mieten und damit zur Inflation führt.

Wir reden im Deutschen oft von „der Politik“ als eine Einheit. Uns ist klar, dass es sich um ein Geflecht von Menschen mit verschiedenen Interessen handelt. Es kann aber nur im Interesse aller sein, wirtschaftliches Wachstum in Europa anzukurbeln. Denn das kommt allen zugute, den Staatskassen, den Schuldnern und den Sparern. Um das zu erreichen, müssen wir uns also für mehr als nur das Werkzeug Zinspolitik entscheiden.“



Die deutschen Sparer sind die Verlierer der Niedrigzinspolitik der EZB. Die Aussicht auf anhaltend niedrige Sparzinsen senkt die Anreize der Bürger, Vermögen aufzubauen.

Uwe Fröhlich ist Präsident des Bundesverbands der Volks- und Raiffeisenbanken. Die Genossen leiden besonders unter dem niedrigen Zinsumfeld: Ihren Kunden können sie kaum attraktive Zinsen bieten, sie selbst können ihr eigenes Geld kaum anlegen.



picture alliance / ZB

Extrem niedrige Zinsen schwächen die Nachhaltigkeit privater Vorsorge und Initiative. Dies trifft Deutschland besonders hart, da die Kapitalbasis privater Altersvorsorge wie auch privater Stiftungen noch schmal und die Abhängigkeit vom Staat groß ist.

Andreas Pinkwart war FDP-Spitzenpolitiker. Heute ist er Rektor der Handelshochschule Leipzig. Wie viele private Universitäten bekommt er einen Teil seiner Mittel von einer Stiftung. Die ist auf ordentliche Zinsen auf ihr Kapital angewiesen.